

1718 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP**Nachdruck vom 20. 5. 1999**

Regierungsvorlage

**ABKOMMEN
zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über soziale Sicherheit**

**Die Republik Österreich
und
die Republik Polen,**

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zu regeln,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke
1. "Rechtsvorschriften"
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen;
 2. "zuständige Behörde"
die Bundesminister oder Minister, die für die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften zuständig sind;
 3. "Wohnort"
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
 4. "Aufenthalt"
den vorübergehenden Aufenthalt;
 5. "Träger"
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
 6. "zuständiger Träger"
den Träger, bei dem eine Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
 7. "Familienangehöriger"
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
 8. "Versicherungszeiten"
Beitragszeiten, Beschäftigungszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
 9. "Geldleistung", "Rente" oder "Pension"

eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Beitrags erstattungen.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den Rechts vorschriften der beiden Vertragsstaaten zukommt.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sonderversicherung für das Notariat,
 - d) das Arbeitslosengeld;
2. auf die polnischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Leistungen für den Fall der Krankheit und Mutterschaft,
 - b) die Versicherungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
 - c) die Pensionsversorgung der Arbeitnehmer einschließlich der Versorgungssysteme für Berg leute und Eisenbahner sowie die Pensionsversorgung für andere Gruppen mit Ausnahme der Sondersysteme für Polizei, Staatssicherheitsdienst, Grenzschutz, staatliche Feuerwehr, Justiz verwaltung und Berufssoldaten,
 - d) die Arbeitslosenzuschüsse.

(2) Soweit Absatz 3 nichts anderes bestimmt, bezieht sich dieses Abkommen auch auf alle Rechts vorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

(3) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über ein neues System oder einen neuen Zweig der sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten,
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den in Buchstabe a bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

(2) Absatz 1 berührt nicht

- a) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der sozialen Sicherheit;
- b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
- c) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten nur für polnische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

Artikel 5

Leistungstransfer

- (1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dürfen Pensionen, Renten und andere Geldleistungen mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt.
- (2) Absatz 1 bezieht sich nicht auf
- die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften,
 - die besonderen Ausnahmeleistungen nach den polnischen Rechtsvorschriften.

Abschnitt II

Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

Artikel 6

Allgemeine Regelungen

Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 7

Besondere Regelungen

- (1) Wird ein Dienstnehmer, der im Gebiet eines Vertragsstaates von einem Unternehmen beschäftigt wird, von diesem Unternehmen zur Ausführung einer Arbeit für dessen Rechnung in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt.
- (2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.
- (3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.
- (4) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

Artikel 8

Diplomatisches und konsularisches Personal

- (1) Für Mitglieder der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen und für private Hausangestellte im Dienst von Mitgliedern dieser Vertretungen oder Dienststellen, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet werden, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, aus dem sie entsendet werden.
- (2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Dienstnehmer, die nicht entsendet sind, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Soweit sie Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates sind, können sie jedoch binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates wählen.

Artikel 9**Ausnahmen**

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

Abschnitt III**Besondere Bestimmungen****Kapitel 1****Krankheit und Mutterschaft****Artikel 10****Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb eines Leistungsanspruches und die Dauer der Leistungsgewährung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11**Sach- und Geldleistungen**

(1) Ein Dienstnehmer, der die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und sich in Ausübung seiner Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, sowie die ihn begleitenden Familienangehörigen haben Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wären, wenn ihr Zustand sofort die Gewährung solcher Leistungen erforderlich macht.

(2) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt, es sei denn, daß die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden.

(3) Im Falle des Absatzes 1 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(4) Die vorhergehenden Absätze sind auch auf österreichische Versicherte und deren Familienangehörige, welche die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllen und die sich im Gebiet der Republik Polen aufhalten, entsprechend anzuwenden.

Artikel 12**Träger des Aufenthaltsortes**

In den Fällen des Artikels 11 werden die Sachleistungen gewährt:

in der Republik Österreich

von der für den Aufenthaltsort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,

in der Republik Polen

von den für den Aufenthaltsort der betreffenden Person in Betracht kommenden öffentlichen Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge.

Artikel 13

Kostenerstattung

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsortes die nach Artikel 11 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Kapitel 2

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 14

Sach- und Geldleistungen

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfallen oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 werden die Sachleistungen gewährt:

in der Republik Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse oder einem Träger der Unfallversicherung,

in der Republik Polen

von den für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden öffentlichen Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge.

(3) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 13 entsprechend.

(4) Im Falle des Absatzes 1 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

Artikel 15

Berufskrankheiten

(1) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

(2) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß Leistungen für eine Berufskrankheit nur gewährt werden, wenn die Tätigkeit, welche die Krankheit verursachen kann, während einer Mindestdauer ausgeübt wurde, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die Zeiten der Ausübung einer solchen Tätigkeit, während derer die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates galten.

Artikel 16

Entschädigung von Berufskrankheiten

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen mit Ausnahme der Renten im Falle sklerogener Pneumokoniose nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) Im Falle sklerogener Pneumokoniose hat der zuständige Träger jedes Vertragsstaates nur jenen Teil der Rente zu gewähren, der dem Verhältnis der Dauer der nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates nach Artikel 17 Absatz 1 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zur Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten entspricht.

(3) Bezug oder bezieht eine Person, die sich eine Berufskrankheit zugezogen hat, Leistungen zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates und beansprucht sie, nachdem sie auch eine Tätigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ausgeübt hat, welche eine Berufskrankheit verursachen kann, wegen Verschlimmerung Leistungen von einem Träger des anderen Vertragsstaates, so trägt der Träger des ersten Vertragsstaates weiterhin die Kosten der Leistungen ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Der zuständige Träger des zweiten Vertragsstaates gewährt eine Leistung in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und der Leistung, die vor der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften geschuldet worden wäre, wenn die Krankheit nach diesen Rechtsvorschriften eingetreten wäre.

Kapitel 3

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen und Renten)

Artikel 17

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

(3) Verlängern nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Zeiten der Gewährung einer Pension oder Rente den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Gewährung einer Pension oder Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

Artikel 18

Versicherungszeiten unter einem Jahr

(1) Erreichen die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten insgesamt nicht zwölf Monate und besteht auf Grund dieser Versicherungszeiten allein kein Leistungsanspruch nach diesen Rechtsvorschriften, so ist nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung zu gewähren.

(2) Die Versicherungszeiten nach Absatz 1 sind vom zuständigen Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

Artikel 19

Feststellung der österreichischen Leistungen

(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten sowie unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.

2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
 - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung,
 - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

Artikel 20

Feststellung der polnischen Leistungen

(1) Besteht nach den polnischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige polnische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den polnischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Sind die Voraussetzungen für den Erwerb des Leistungsanspruches nach den polnischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 erfüllt, so gewährt der zuständige polnische Träger eine Leistung, deren Höhe grundsätzlich dem Verhältnis entspricht, in dem die nach polnischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu den zusammengerechneten Versicherungszeiten stehen. Hierbei stellt der polnische Träger für die Feststellung der polnischen Leistung die Bemessungsgrundlage in Anwendung der polnischen Rechtsvorschriften fest. Er berechnet sodann den theoretischen Betrag der Leistung, auf den der Berechtigte Anspruch hätte, wenn die zusammengerechneten Versicherungszeiten nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären. Der polnische Träger ermittelt anschließend den tatsächlich geschuldeten Betrag der Leistung nach dem Verhältnis zwischen den nach den polnischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und den zusammengerechneten Versicherungszeiten.

Kapitel 4

Arbeitslosigkeit

Artikel 21

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeiten sind für den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen, sofern der Arbeitslose in dem Vertragsstaat, in dem er den Anspruch auf eine solche Leistung geltend macht, in den letzten zwölf Monaten vor Beantragung dieser Leistung insgesamt mindestens die Hälfte der Zeit, die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates für den Anspruch auf diese Leistung erforderlich ist, ohne Verletzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer versichert war.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Voraussetzung der Mindestbeschäftigung in dem Vertragsstaat, in dem die Leistung beantragt wird, gilt nicht für Arbeitslose, deren Beschäftigung mindestens für den Zeitraum nach Absatz 1 in Aussicht genommen war, jedoch vor Erfüllung der Mindestbeschäftigung ohne ihr Verschulden geendet hat, oder welche die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates besitzen, in dem sie die Leistung beantragen.

Artikel 22

Bezugsdauer

Die Bezugsdauer wird um die Zeit gemindert, in der der Arbeitslose im anderen Vertragsstaat innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tag der Antragstellung bereits eine Leistung bei Arbeitslosigkeit bezogen hat.

Abschnitt IV
Verschiedene Bestimmungen
Artikel 23

Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe

- (1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.
- (2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander
 - a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen,
 - b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.
- (3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.
- (4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.
- (5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.
- (6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder dort wohnen, werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes veranlaßt. Werden ärztliche Untersuchungen in Durchführung der Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten durchgeführt, werden sie vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes der betreffenden Person zu seinen Lasten veranlaßt.
- (7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtsachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 24
Verbindungsstellen

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 25
Befreiung von Steuern und Beglaubigungen

- (1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.
- (2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 26
Datenschutz

- (1) Werden personenbezogene Daten auf Grund dieses Abkommens oder der Vereinbarung zu seiner Durchführung zwischen den Behörden oder Trägern der beiden Vertragsstaaten übermittelt, so gilt für diese Datentransfer das Datenschutzrecht des übermittelnden Vertragsstaates. Für jede Weiterleitung sowie für Speicherung, Veränderung und Löschung durch den Empfängerstaat gilt das Datenschutzrecht des Empfängerstaates. Der Empfängerstaat hat dabei bemüht zu sein, im wesentlichen ein Schutzniveau sicherzustellen, das dem im Einzelfall im übermittelnden Vertragsstaat anwendbaren Schutzniveau entspricht.
- (2) Die Verwendung der personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken als denen der sozialen Sicherheit darf nur mit dem Einverständnis der betroffenen Person erfolgen.

Artikel 27

Einreichung von Schriftstücken

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Verbindungsstellen der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 28

Zahlungsverkehr

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Träger können die Leistungen an Berechtigte im anderen Vertragsstaat mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung oder in einer anderen konvertierbaren Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 29

Vollstreckungsverfahren

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

Artikel 30

Verrechnung von Vorschüssen

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

(2) Hat ein Träger der Sozialhilfe eines Vertragsstaates eine Leistung der Sozialhilfe während eines Zeitraumes gewährt, für den nachträglich nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Geldleistungen entsteht, so behält der zuständige Träger dieses Vertragsstaates auf Ersuchen und für Rechnung des Trägers der Sozialhilfe die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen der Sozialhilfe ein, als ob es sich um eine vom Träger der Sozialhilfe des letzteren Vertragsstaates gezahlte Leistung der Sozialhilfe handeln würde.

Artikel 31

Schadenersatz

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von Ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 32

Streitbeilegung

Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

Abschnitt V

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 33

Übergangsbestimmungen

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Bei Anwendung des Absatzes 2 gelten vor dem 27. November 1961 im Gebiet der Republik Polen zurückgelegte Versicherungszeiten, die nach den österreichischen Rechtsvorschriften über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland als Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, ausschließlich als österreichische Versicherungszeiten.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(5) Leistungen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, sind auf Antrag des Berechtigten vom Inkrafttreten dieses Abkommens an festzustellen. Wird der Antrag binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(6) Leistungen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt wurden, sind nicht neu festzustellen.

Artikel 34

Schlußbestimmungen

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall tritt es mit Ende dieses Kalenderjahres außer Kraft.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Warschau, am 7. September 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Eleonora Hostasch

Für die Republik Polen:

Longin Komolowski

UMOWA

MIĘDZY REPUBLIKĄ AUSTRII A RZECZPOSPOLITĄ POLSKĄ O ZABEZPIECZENIU SPOŁECZNYM

Republika Austrii
oraz
Rzeczpospolita Polska

pragnąc uregulować wzajemne stosunki między obu Państwami
w dziedzinie zabezpieczenia społecznego,

uzgodniły, co następuje:

ROZDZIAŁ I

POSTANOWIENIA OGÓLNE

Artykuł 1

Definicje

(1) W niniejszej Umowie następujące określenia oznaczają:

1. "przepisy prawne"
ustawy, rozporządzenia, statuty, które odnoszą się do gałęzi zabezpieczenia społecznego wymienionych w artykule 2 ustęp 1;
2. "właściwą władzą"
Federalnych Ministrów lub Ministrów, posiadających kompetencje do stosowania przepisów prawnych wymienionych w artykule 2 ustęp 1;
3. "miejscze zamieszkania"
miejscze stałego pobytu;
4. "miejscze pobytu"
miejscze czasowego pobytu;
5. "instytucja"
organizację albo władzę, której obowiązkiem jest stosowanie przepisów prawnych wymienionych w artykule 2 ustęp 1 lub ich części;
6. "właściwą instytucją"
instytucję, w której osoba jest ubezpieczona w chwili składania wniosku o przyznanie świadczenia lub od której ma albo miałaby prawo uzyskać świadczenia, jeśliby przebywała na terytorium Umawiającej się Strony, gdzie ostatnio była ubezpieczona;
7. "członek rodziny"
członka rodziny w myśl przepisów prawnych Umawiającej się Strony gdzie ma swoją siedzibę instytucja zobowiązana do udzielania świadczeń;

8. "okresy ubezpieczenia"

okresy uiszczenia składek, okresy zatrudnienia i okresy z nimi związane, w zakresie przyjętym przez przepisy prawne obu Umawiających się Stron;

9. "świadczenie pieniężne", "renta" lub "emerytura"

świadczenie pieniężne, rentę lub emeryturę, włącznie ze wszystkimi ich składnikami obciążającymi fundusze publiczne, wszystkimi dodatkami, podwyżkami rewaloryzacyjnymi, jak również ze świadczeniami skapitalizowanymi, zwrotami wkładów;

(2) Inne pojęcia w niniejszej Umowie mają znaczenie zgodne z przepisami prawnymi obu Umawiających się Stron.

Artykuł 2**Zakres przedmiotowy**

(1) Niniejsza Umowa odnosi się

1. do austriackich przepisów prawnych o:

- a) ubezpieczeniu chorobowym,
- b) ubezpieczeniu wypadkowym,
- c) ubezpieczeniu emerytalnym, z wyjątkiem odrębnego ubezpieczenia na rzecz notariatu,
- d) zasiłku dla bezrobotnych;

2. do polskich przepisów prawnych o:

- a) świadczeniach z tytułu choroby i macierzyństwa,
- b) ubezpieczeniu w razie wypadków przy pracy i chorób zawodowych,
- c) zaopatrzeniu emerytalnym pracowników włącznie z systemami zaopatrzenia górników i kolejarzy oraz zaopatrzeniu innych grup z wyłączeniem systemów specjalnych obejmujących funkcjonariuszy

Policji, Urzędu Ochrony Państwa, Straży Granicznej, Straży Pożarnej, Służby Więziennej i żołnierzy zawodowych,

d) zasiłkach dla bezrobotnych.

(2) Jeśli ustęp 3 nie stanowi inaczej niniejsza Umowa dotyczy również wszystkich przepisów prawnych, które obejmują, zmieniają lub uzupełniają przepisy prawne wymienione w ustępie 1.

(3) Niniejsza Umowa nie odnosi się do przepisów prawnych dotyczących nowego systemu lub nowej gałęzi ubezpieczenia społecznego oraz do systemów na rzecz ofiar wojny i jej skutków.

Artykuł 3

Zakres podmiotowy

Niniejszą Umowę stosuje się:

- a) do osób, które podlegają lub podlegały przepisom prawnym jednej lub obu Umawiających się Stron,
- b) do innych osób, o ile wywodzą one swoje prawa od osób wskazanych w punkcie a).

Artykuł 4

Równe traktowanie

(1) Jeżeli Umowa niniejsza nie stanowi inaczej, przy stosowaniu przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, obywatele drugiej Umawiającej się Strony traktowani są na równi z jej obywatelami.

(2) Ustęp 1 nie narusza:

- a) Przepisów prawnych obu Umawiających się Stron dotyczących udziału ubezpieczonych i pracodawców w organach instytucji i związków oraz ich udziału w orzekaniu w sprawach z zakresu zabezpieczenia społecznego.

b) Regulacji prawnych dotyczących zobowiązań z tytułu ubezpieczenia określonych w międzynarodowych umowach zawartych przez obie Umawiające się Strony z innymi państwami.

c) Przepisów prawnych obu Umawiających się Stron dotyczących ubezpieczenia osób zatrudnionych w oficjalnych przedstawicielstwach jednej z Umawiających się Stron w państwach trzecich lub dotyczących osób zatrudnionych u członków takich przedstawicielstw.

(3) Postanowienie ustępu 1 obowiązuje w świetle austriackich przepisów prawnych o uwzględnianiu okresu służby wojskowej w czasie wojny lub w okresach równorzędnych tylko wobec tych obywateli polskich, którzy posiadali obywatelstwo austriackie bezpośrednio przed dniem 13 marca 1938 roku.

Artykuł 5

Transfer świadczeń

(1) Jeśli niniejsza Umowa nie stanowi inaczej, emerytury, renty i inne świadczenia pieniężne, z wyjątkiem świadczeń z tytułu bezrobocia, do których przysługuje prawo na podstawie przepisów prawnych jednej z Umawiających się Stron, nie mogą ulec redukcji, zmianie, zawieszeniu, uchyleniu ani przepadkowi z tego powodu, że uprawniony mieszka na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Ustęp 1 nie odnosi się do:

- a) dodatku wyrównawczego według austriackich przepisów prawnych,
- b) świadczeń wyjątkowych według polskich przepisów prawnych.

ROZDZIAŁ II

OKREŚLENIE STOSOWANEGO USTAWODAWSTWA

Artykuł 6

Postanowienia ogólne

Jeżeli artykuły 7 i 8 nie stanowią inaczej, osoba wykonująca działalność zarobkową podlega obowiązkowi ubezpieczenia zgodnie z przepisami prawnymi tej Umawiającej się Strony, na której terytorium działalność jest wykonywana. To samo dotyczy osoby niesamodzielnie zarabkującej w przypadku gdy jej miejsce zamieszkania lub siedziba pracodawcy znajdują się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 7

Postanowienia szczegółowe

(1) Jeżeli pracownik zatrudniony w przedsiębiorstwie znajdującym się na terytorium jednej Umawiającej się Strony zostanie wysłany przez to przedsiębiorstwo na terytorium drugiej Umawiającej się Strony celem wykonywania pracy na jego rachunek, to do końca 24 miesiąca kalendarzowego od jego wysłania obowiązują wobec niego nadal przepisy prawne pierwszej Umawiającej się Strony, tak jakby był on wciąż zatrudniony na jej terytorium.

(2) Pracownik linii lotniczych mających siedzibę na terytorium jednej Umawiającej się Strony wysłany z jej terytorium na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, podlega nadal przepisom prawnym pierwszej Umawiającej się Strony, tak jakby był on wciąż zatrudniony na jej terytorium.

(3) Załoga statku morskiego oraz inne osoby zatrudnione na statku morskim nie tylko na okres przejściowy, podlegają przepisom prawnym tej Umawiającej się Strony, pod której banderą statek pływa.

(4) Urzędnicy i personel z nimi zrównany podlegają przepisom prawnym tej Umawiającej się Strony, której urząd je zatrudnia.

Artykuł 8

Personel placówek dyplomatycznych i urzędów konsularnych

(1) Przepisy prawne państwa delegującego mają zastosowanie wobec członków przedstawicielstw dyplomatycznych lub urzędów konsularnych oraz prywatnej służby domowej zatrudnionej u członków tych przedstawicielstw lub urzędów konsularnych oddelegowanych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Wobec pracowników wymienionych w ustępie 1, którzy nie zostali oddelegowani, mają zastosowanie przepisy prawne tej Umawiającej się Strony, na której terytorium są oni zatrudnieni. Jeżeli są oni obywatelami drugiej Umawiającej się Strony mogą jednakże w ciągu trzech miesięcy od rozpoczęcia zatrudnienia wybrać zastosowanie wobec nich przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 9

Wyjątki

(1) Właściwe władze obu Umawiających się Stron mogą w drodze wspólnego porozumienia, na wspólny wniosek pracownika i jego pracodawcy, uzgodnić wyjątki od stosowania postanowień artykułów od 6 do 8, przy czym uwzględniają rodzaj i okoliczności zatrudnienia.

(2) Jeśli w myśl ustępu 1 pracownik podlega przepisom prawnym pierwszej Umawiającej się Strony, mimo że jest zatrudniony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, to stosuje się wobec niego przepisy prawne tak, jakby był zatrudniony na terytorium pierwszej Umawiającej się Strony.

ROZDZIAŁ III

PRZEPISY SZCZEGÓLNE

DZIAŁ 1

Choroba i macierzyństwo

Artykuł 10

Zliczanie okresów ubezpieczenia

Jeśli osoba przebyła okresy ubezpieczenia zgodnie z przepisami prawnymi obu Umawiających się Stron, to okresy te są zliczane na prawo do świadczeń i czas ich przysługiwania, o ile nie przypadają na ten sam okres.

Artykuł 11

Świadczenia rzeczowe i pieniężne

(1) Jeśli pracownik spełnia warunki do uzyskania świadczeń według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, a przebywa na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w związku z wykonywaniem zatrudnienia, to zarówno on jak i towarzyszący mu członkowie rodziny, mają prawo do otrzymywania świadczeń rzeczowych na koszt właściwej instytucji od instytucji miejsca pobytu zgodnie z przepisami obowiązującymi tę instytucję, tak jakby instytucja ta była ich właściwą instytucją ubezpieczeniową w przypadku, gdy ze względu na ich stan wymagają oni natychmiastowego udzielenia im takich świadczeń.

(2) W przypadku, o którym mowa w ustępie 1, przyznanie pracownikowi prawa do protezy, większych środków pomocy lub innych świadczeń rzeczowych o większym znaczeniu zależy od zgody właściwej instytucji, chyba że udzielenie świadczenia nie może być odsunięte w czasie bez poważnego zagrożenia życia lub zdrowia osoby.

(3) W przypadku, o którym mowa w ustępie 1, właściwa instytucja udziela świadczeń pieniężnych według obowiązujących ją przepisów prawnych.

(4) Powyższe ustępy stosuje się również odpowiednio do austriackich ubezpieczonych i członków ich rodzin, którzy według austriackich przepisów prawnych spełniają konieczne warunki odnośnie prawa do świadczeń i którzy przebywają na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

Artykuł 12

Instytucja miejsca pobytu

W przypadkach, o których mowa w artykule 11, świadczenia rzeczowe są udzielane

w Republice Austrii

przez właściwą dla miejsca pobytu danej osoby
Gebietskrankenkasse (Terenową Kasę Chorych),

w Rzeczypospolitej Polskiej

przez właściwe dla miejsca pobytu danej osoby publiczne zakłady opieki zdrowotnej.

Artykuł 13

Zwrot kosztów

(1) Właściwa instytucja zwraca instytucji miejsca pobytu koszty poniesione zgodnie z artykułem 11, za wyjątkiem kosztów administracyjnych.

(2) W celu uproszczenia procedury administracyjnej właściwe władze mogą w drodze porozumienia uzgodnić, że wydatkowane we wszystkich lub w określonych grupach wypadków kwoty będą zwracane zamiast rozliczeń jednorazowych w postaci kwot zryczałtowanych.

DZIAŁ 2

Wypadki przy pracy i choroby zawodowe

Artykuł 14

Świadczenia rzeczowe i pieniężne

(1) Osobie uprawnionej do świadczeń z tytułu wypadku przy pracy lub choroby zawodowej w myśl przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, przysługuje prawo do świadczeń rzeczowych od instytucji miejsca pobytu albo miejsca zamieszkania, tak jak gdyby była ona ubezpieczona w tej instytucji zgodnie z obowiązującymi ją przepisami prawnymi, na koszt instytucji właściwej. Artykuł 11 ustęp 2 stosuje się odpowiednio.

(2) W przypadkach, o których mowa w ustępie 1, świadczenia rzeczowe udzielane są

w Republice Austrii

przez właściwą dla miejsca pobytu lub zamieszkania osoby zainteresowanej Gebietskrankenkasse (Terenową Kasę Chorych) lub przez inną instytucję ubezpieczenia wypadkowego,

w Rzeczypospolitej Polskiej

przez właściwe dla miejsca pobytu lub zamieszkania osoby zainteresowanej publiczne zakłady opieki zdrowotnej.

(3) W sprawie zwrotu kosztów powstałych zgodnie z ustęmem 1 stosuje się odpowiednio artykuł 13.

(4) W przypadku, o którym mowa w ustępie 1, właściwa instytucja udziela świadczeń pieniężnych według obowiązujących ją przepisów prawnych.

Artykuł 15

Choroby zawodowe

(1) Jeśli przyznanie świadczeń z tytułu choroby zawodowej na podstawie przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony zależy od lekarskiego stwierdzenia danej choroby po raz pierwszy na terytorium tej Umawiającej się Strony, warunek ten uważa się za spełniony również w przypadku, jeśli choroba została stwierdzona po raz pierwszy na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Jeśli przepisy prawne jednej Umawiającej się Strony przewidują przyznanie świadczeń z tytułu choroby zawodowej wyłącznie pod warunkiem wykonywania działalności mogącej spowodować tę chorobę przez określony minimalny okres, to właściwa instytucja tej Umawiającej się Strony uwzględnia, o ile to konieczne, okresy, przez które działalność taka była wykonywana pod rządami przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 16

Odszkodowanie z tytułu choroby zawodowej

(1) Jeśli przysługiwałoby odszkodowanie z powodu choroby, pod rządami przepisów prawnych obu Umawiających się Stron, to świadczenia, z wyjątkiem rent z tytułu sklerogennej pylicy płuc, są przyznawane wyłącznie na podstawie przepisów prawnych tej Umawiającej się Strony, na której terytorium wykonywana była ostatnio praca, która mogła spowodować chorobę zawodową, o ile uprawniony spełnia warunki przewidziane tymi przepisami.

(2) W przypadku sklerogennej pylicy płuc, właściwa instytucja każdej Umawiającej się Strony wypłaca tylko część renty w wysokości odpowiadającej stosunkowi okresów ubezpieczenia wynikających z przepisów tej Strony według artykułu 17 ustęp 1 do łącznego okresu ubezpieczenia według przepisów obu Stron Umowy.

(3) Jeśli osoba, która zapadła na chorobę zawodową już korzystała lub korzysta ze świadczeń spełnianych na rachunek instytucji jednej Umawiającej się Strony, wykonywała także zgodnie z przepisami

prawnymi drugiej Umawiającej się Strony działalność mogącą spowodować zapadnięcie na chorobę zawodową i występuje o świadczenia z tytułu pogorszenia stanu choroby zawodowej do instytucji drugiej Umawiającej się Strony, to instytucja pierwszej Umawiającej się Strony nadal wypłaca świadczenia nie uwzględniając pogorszenia, stosownie do obowiązujących ją przepisów. Właściwa instytucja drugiej Umawiającej się Strony przyznaje jej świadczenia w wysokości odpowiadającej różnicy między wysokością świadczeń należnych po pogorszeniu stanu zdrowia a wysokością świadczeń, które by się należały przed pogorszeniem zgodnie z obowiązującymi ją przepisami prawnymi, tak jakby choroba wystąpiła pod rządami tych przepisów.

DZIAŁ 3

Starość, inwalidztwo i śmierć (emerytury i renty)

Artykuł 17

Zliczanie okresów ubezpieczenia

(1) Jeśli według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony nabycie, utrzymanie lub odzyskanie prawa do świadczeń zależy od przebycia okresów ubezpieczenia, to właściwa instytucja tej Umawiającej się Strony, w razie potrzeby, uwzględnia okresy ubezpieczenia przebyte pod rządami przepisów drugiej Umawiającej się Strony, tak jakby to były okresy ubezpieczenia przebyte pod rządami stosowanych przez nią przepisów prawnych.

(2) Jeśli przepisy prawne jednej Umawiającej się Strony uzależniają przyznanie niektórych świadczeń od przebycia okresów ubezpieczenia w zawodzie objętym systemem specjalnym, w określonym zawodzie lub określonym zatrudnieniu, to okresy ubezpieczenia przebyte pod rządami przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony są zaliczane dla celów przyznawania tych świadczeń jedynie wtedy, gdy zostały przebyte w ramach

odpowiedniego systemu lub w przypadku jego braku, w tym zawodzie lub w tym zatrudnieniu.

(3) Jeżeli według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony okresy udzielania emerytur lub rent przedłużają okres, w którym muszą być przebyte okresy ubezpieczeniowe, wówczas okres ten wydłuża się także o odpowiednie okresy udzielania świadczeń emerytalnych i rentowych według przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 18

Okresy ubezpieczenia krótsze niż jeden rok

(1) Jeśli okresy ubezpieczenia uwzględniane na podstawie przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony przy obliczaniu świadczenia nie osiągają łącznie dwunastu miesięcy, a biorąc pod uwagę tylko te okresy zainteresowany nie nabył prawa do świadczeń na podstawie tych przepisów, to według tych przepisów prawnych świadczenie nie jest przyznawane.

(2) Właściwa instytucja drugiej Umawiającej się Strony bierze pod uwagę okresy ubezpieczenia wymienione w ustępie 1, dla celów nabycia, utrzymania i odzyskania praw do świadczeń, jak również określenia ich wielkości, tak jakby były to okresy ubezpieczenia przebyte pod rządami stosowanych przez nią przepisów prawnych.

Artykuł 19

Ustalenie świadczeń austriackich

(1) Jeśli według austriackich przepisów prawnych istnieje prawo do świadczeń bez konieczności stosowania artykułu 17, to właściwa instytucja austriacka ustala świadczenie wyłącznie na podstawie okresów ubezpieczeniowych uwzględnianych według austriackich przepisów prawnych.

(2) Jeżeli według austriackich przepisów prawnych istnieje uprawnienie do świadczeń jedynie przy zastosowaniu artykułu 17, to

instytucja właściwa tej Umawiającej się Strony ustala świadczenie wyłącznie na podstawie okresów ubezpieczenia nabytych pod rządami austriackich przepisów prawnych oraz bierze pod uwagę następujące postanowienia:

1. Świadczenia lub świadczenia częściowe, których wysokość nie zależy od długości przebytych okresów ubezpieczenia, przysługują proporcjonalnie do stosunku między długością okresów ubezpieczenia uwzględnianych dla celów obliczania świadczeń według austriackich przepisów prawnych a okresem 30 lat, maksymalnie do pełnej wysokości.
2. Przy obliczaniu świadczeń z tytułu inwalidztwa lub świadczeń dla osób pozostałych przy życiu uwzględnia się okresy przebyte po wystąpieniu przypadku ubezpieczeniowego tylko proporcjonalnie do długości okresów ubezpieczeniowych uwzględnianych do obliczania świadczeń według austriackich przepisów prawnych w wysokości do dwóch trzecich pełnych miesięcy kalendarzowych, które upłynęły od ukończenia 16 roku życia przez daną osobę aż do realizacji ryzyka ubezpieczeniowego, najwyżej jednak do pełnego wymiaru.
3. Punkt 1 nie ma zastosowania
 - a) w przypadku świadczeń z ubezpieczeń dodatkowych,
 - b) w przypadku świadczeń przyznawanych na podstawie zarobków lub świadczeń częściowych zapewniających dochód minimalny.

Artykuł 20

Ustalenie świadczeń polskich

(1) Jeśli według polskich przepisów prawnych istnieje uprawnienie do świadczeń bez konieczności stosowania artykułu 17, to właściwa instytucja polska ustala prawo do świadczeń wyłącznie na podstawie okresów ubezpieczenia zaliczanych w myśl przepisów polskich.

(2) Jeśli zgodnie z przepisami polskimi spełnione są warunki nabycia prawa do świadczeń jedynie przy zastosowaniu artykułu 17, to właściwa instytucja polska wypłaca świadczenie, którego wysokość

odpowiada co do zasady stosunkowi długości okresów ubezpieczenia przebytych w myśl przepisów polskich w stosunku do całego uwzględnionego okresu ubezpieczenia. W tym celu instytucja polska określa podstawę wymiaru świadczenia przy zastosowaniu polskich przepisów prawnych. Następnie oblicza teoretyczną wysokość świadczenia, które przysługiwałoby ubezpieczonemu, gdyby zliczone okresy ubezpieczenia przebyte zostały zgodnie z obowiązującymi ją przepisami prawnymi. Instytucja polska ustala następnie rzeczywistą obciążającą ją kwotę świadczenia zgodnie ze stosunkiem okresów przebytych na podstawie obowiązujących ją przepisów do całości uwzględnionego okresu.

DZIAŁ 4

Bezrobocie

Artykuł 21

Sumowanie okresów ubezpieczenia

(1) Okresy ubezpieczeniowe przebyte zgodnie z przepisami prawnymi jednej Umawiającej się Strony uwzględniane są przy ustalaniu prawa do świadczeń z tytułu bezrobocia zgodnie z przepisami prawnymi drugiej Umawiającej się Strony, o ile bezrobotny na terytorium tej Umawiającej się Strony, gdzie dochodzi roszczeń o świadczenie, był ubezpieczony jako pracownik w okresie ostatnich 12 miesięcy przed złożeniem wniosku o świadczenie łącznie co najmniej przez połowę okresu wymaganego przez przepisy prawne tej Umawiającej się Strony do nabycia uprawnień do świadczenia bez naruszenia przepisów o zatrudnianiu cudzoziemców.

(2) Określony w ustępie 1 warunek minimalnego okresu zatrudnienia na terytorium tej Umawiającej się Strony, gdzie składany jest wniosek o świadczenie, nie jest stosowany wobec bezrobotnych, których zatrudnienie przewidziane było co najmniej na okres, o którym mowa w ustępie 1, a które nie z ich winy zakończyło się przed przepracowaniem wymaganego minimalnego okresu zatrudnienia, lub bezrobotnych, którzy posiadają obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, gdzie składają wniosek o świadczenie.

Artykuł 22

Okres pobierania świadczeń

Okres, przez jaki otrzymywane jest świadczenie zostaje skrócony o czas, w którym bezrobotny już otrzymywał świadczenie z tytułu bezrobocia na terytorium drugiej Umawiającej się Strony przez ostatnie dwanaście miesięcy poprzedzających dzień złożenia wniosku.

ROZDZIAŁ IV

POSTANOWIENIA RÓŻNE

Artykuł 23

Zadania właściwych władz Pomoc urzędowa i prawa

(1) Właściwe władze ustalą, w formie porozumienia, środki administracyjne konieczne dla stosowania niniejszej Umowy.

(2) Właściwe władze obu Umawiających się Stron informują się wzajemnie

a) o wszelkich działaniach podejmowanych w celu stosowania niniejszej Umowy,

b) o wszelkich zmianach ich przepisów prawnych, które mogą wpływać na stosowanie niniejszej Umowy.

(3) Przy stosowaniu niniejszej Umowy władze i instytucje Umawiających się Stron pomagają sobie wzajemnie i postępują tak, jakby chodziło o stosowanie ich własnych przepisów prawnych. Powyższa pomoc urzędowa jest bezpłatna.

(4) W celu stosowania niniejszej Umowy instytucje i władze Umawiających się Stron mogą porozumiewać się bezpośrednio ze sobą, jak również z zainteresowanymi osobami lub ich pełnomocnikami.

(5) Instytucje i władze jednej Umawiającej się Strony nie mogą odrzucić złożonych do nich wniosków i innych pism z tego powodu, że zostały one sporzązone w języku urzędowym drugiej Umawiającej się Strony.

(6) Badania lekarskie, przewidziane przepisami prawnymi tylko jednej Umawiającej się Strony, dotyczące osób przebywających lub mieszkających na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, są przeprowadzane przez instytucję miejsca pobytu lub zamieszkania, na wniosek instytucji właściwej i na jej koszt.

Jeżeli badania lekarskie są przewidziane przepisami prawnymi obu Umawiających się Stron, to są one przeprowadzane przez instytucję miejsca pobytu lub zamieszkania, na jej koszt.

(7) Przy udzielaniu sądowej pomocy prawnej mają zastosowanie postanowienia dotyczące pomocy prawnej przy cywilnych sprawach sądowych.

Artykuł 24

Instytucje łącznikowe

W celu ułatwienia realizacji niniejszej Umowy, a w szczególności w celu stworzenia możliwości łatwego i szybkiego kontaktowania się ze sobą upoważnionych instytucji obu Stron, właściwe władze powołują instytucje łącznikowe.

Artykuł 25

Zwolnienie od podatków Zwolnienie z obowiązku uwierzytelniania

(1) Przywilej, przewidziany przepisami prawnymi jednej Umawiającej się Strony, dotyczący wszelkich zwolnień lub obniżenia podatków, opłat skarbowych, sądowych lub rejestracyjnych z tytułu pism lub świadectw, jakie należy przedłożyć stosownie do niniejszych przepisów prawnych, rozciąga się na odpowiednie pisma i dokumenty,

jakie należy przedstawić stosownie do niniejszej Umowy lub przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Wszelkie świadectwa, dokumenty i pisma, jakie należy przedłożyć w celu stosowania niniejszej Umowy, nie wymagają uwierzytelnienia.

Artykuł 26

Ochrona danych

(1) Jeżeli na mocy Umowy lub porozumienia wykonawczego będą przekazywane dane osobowe między władzami lub instytucjami Stron Umowy, wówczas w zakresie ochrony danych obowiązuje prawo Strony przekazującej dane. W przypadku dalszego wykorzystywania, gromadzenia cyfrowego, przetwarzania lub usuwania danych przez Stronę przyjmującą obowiązują przepisy o ochronie danych Strony przyjmującej. Strona Umowy przyjmująca dane powinna dążyć do zabezpieczenia w podstawowych kwestiach takich standardów dotyczących ochrony danych, jakie w danym przypadku obowiązują Stronę Umowy przekazującą dane.

(2) Wykorzystywanie danych osobowych do celów innych niż zabezpieczenie społeczne powinno się odbywać wyłącznie za zgodą zainteresowanej osoby.

Artykuł 27

Składanie pism

(1) Wnioski, oświadczenia lub środki odwoławcze, które stosownie do niniejszej Umowy lub przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony składane są władzom, w instytucjach lub w innych odpowiednich organizacjach jednej Umawiającej się Strony, traktowane są jak wnioski, oświadczenia lub środki odwoławcze złożone władzom, w instytucjach lub w innych odpowiednich organizacjach drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Wniosek o przyznanie świadczenia według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony uważa się także za wniosek o przyznanie odpowiedniego świadczenia według przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony, o ile możliwe jest udzielenie świadczenia w świetle niniejszej Umowy. Postanowienia tego nie stosuje się, gdy wnioskodawca wyraźnie wnosi o to, aby ustalenie świadczeń z tytułu starości nabytych według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony zostało odroczone.

(3) Wnioski, oświadczenia lub środki odwoławcze, które stosownie do przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, należy złożyć w określonym terminie władzy, instytucji lub innej właściwej organizacji tej Umawiającej się Strony, mogą być składane w tym samym terminie do odpowiednich placówek drugiej Umawiającej się Strony.

(4) W przypadkach, o których mowa w ustępach od 1 do 3, placówka w której wnioski, oświadczenia lub środki odwoławcze zostały złożone, przekazuje je niezwłocznie bezpośrednio lub za pośrednictwem instytucji łącznikowych Umawiających się Stron odpowiedniej, właściwej placówce drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 28

Przekazywanie należnych kwot

(1) Instytucje zobowiązane w myśl niniejszej Umowy do wypłaty świadczeń mogą realizować świadczenia wobec osób uprawnionych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, ze skutkiem uwalniającym w walucie krajowej obowiązującej na ich terytorium lub w innej walucie wymienialnej.

(2) Zwroty kosztów określone w niniejszej Umowie ustalane są w walucie tej Umawiającej się Strony, na terytorium której znajduje się siedziba instytucji, która przyznała świadczenie.

(3) Przekazy kwot, jakie wynikają ze stosowania niniejszej Umowy, realizuje się zgodnie z porozumieniami obowiązującymi w tym przedmiocie obie Umawiające się Strony w chwili dokonywania przekazu.

Artykuł 29

Postępowanie egzekucyjne

(1) Wykonalne wyroki sądowe jak również wykonalne decyzje i zaległe dowody (świadectwa) instytucji i władz jednej Umawiającej się Strony dotyczące składek i innych zobowiązań z zabezpieczenia społecznego będą uznawane przez drugą Umawiającą się Stronę.

(2) Uznania można odmówić tylko wtedy, gdy jest ono sprzeczne z zasadami współżycia społecznego Umawiającej się Strony, która powinna uznać wyrok lub świadectwo.

(3) Wykonalne wyroki i świadectwa uznane zgodnie z ustępu 1 podlegają wykonaniu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony. Postępowanie egzekucyjne odbywa się zgodnie z przepisami prawnymi obowiązującymi na terytorium tej Umawiającej się Strony, gdzie ma miejsce wykonanie, właściwymi w przypadku wyroków i świadectw wydanych na terytorium tej Umawiającej się Strony. Egzemplarz wyroku lub świadectwa musi zawierać potwierdzenie wykonalności (klauzulę wykonalności).

Artykuł 30

Kompensacja zaliczek

(1) Jeżeli instytucja jednej Umawiającej się Strony wypłaciła zaliczkę, to przypadająca za ten sam okres płatność świadczenia, należnego zgodnie z przepisami prawnymi drugiej Umawiającej się Strony, może być wstrzymana. Jeżeli instytucja jednej Umawiającej się Strony spełniła świadczenie za okres, za który instytucja drugiej Umawiającej się Strony realizuje dodatkowo odpowiednie świadczenie, w wysokości wyższej niż należna, to kwota nadwyżki – do wysokości dodatkowego świadczenia – będzie traktowana jako zaliczka w rozumieniu zdania pierwszego.

(2) Jeżeli instytucja pomocy społecznej jednej Umawiającej się Strony przyznała świadczenie na określony okres, za który uprawniony dodatkowo nabywa prawa do świadczeń zgodnie z przepisami drugiej Umawiającej się Strony, to właściwa instytucja tej Umawiającej się

Strony, na prośbę i rachunek instytucji pomocy społecznej, wstrzymuje wypłatę przypadających za ten sam okres należności, do wysokości świadczeń wypłacanych przez pomoc społeczną, tak jakby chodziło o świadczenie spełniane przez instytucję pomocy społecznej drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 31

Odszkodowanie

(1) Jeśli osoba, która zgodnie z przepisami prawnymi jednej Umawiającej się Strony ma uzyskać świadczenia z tytułu wynagrodzenia szkody zaistniałej na skutek zdarzeń na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, ma roszczenie o odszkodowanie do osoby trzeciej zgodnie z przepisami prawnymi tej Strony, to prawo to przechodzi na instytucję pierwszej Umawiającej się Strony zgodnie z obowiązującymi ją przepisami.

(2) Jeśli roszczenia o odszkodowanie dotyczące jednakowych świadczeń z tytułu wynagrodzenia tej samej szkody przysługują zarówno instytucji pierwszej Umawiającej się Strony jak i instytucji drugiej Umawiającej się Strony, to osoba trzecia może zaspokoić roszczenia, które zgodnie z ustępem 1 przeszły na obie instytucje ze skutkiem uwalniającym, dokonując płatności na rzecz jednej lub drugiej instytucji. W relacjach wewnętrznych instytucje są zobowiązane do rekompensowania szkód, proporcjonalnie do spełnianych przez siebie świadczeń.

Artykuł 32

Rozstrzyganie spraw spornych

Sprawy sporne pomiędzy obu Umawiającymi się Stronami dotyczące wykładni lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozstrzygane, o ile to możliwe, przez właściwe władze obu Umawiających się Stron.

ROZDZIAŁ V

Postanowienia przejściowe i końcowe

Artykuł 33

Postanowienia przejściowe

(1) Niniejsza Umowa nie uzasadnia roszczeń o wypłatę świadczeń za okres poprzedzający datę jej wejścia w życie.

(2) Do ustalenia praw, do których podstawę daje niniejsza Umowa, brane są pod uwagę także te okresy ubezpieczenia, które zostały przebyte zgodnie z przepisami Umawiającej się Strony przed datą wejścia w życie niniejszej Umowy.

(3) Przy stosowaniu ustępu 2 okresy ubezpieczenia przebyte na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej przed dniem 27 listopada 1961 roku, które w myśl austriackich przepisów prawnych dotyczących prawa do świadczeń i ekspektatywy na przyszłe prawo uwzględniane są w ubezpieczeniu emerytalnym z tytułu zatrudnienia za granicą jako okresy ubezpieczenia, traktuje się wyłącznie jako austriackie okresy ubezpieczenia.

(4) Z zastrzeżeniem ustępu 1 niniejsza Umowa ma zastosowanie także w przypadku ryzyka ubezpieczeniowego, które zrealizowało się przed jej wejściem w życie, chyba że z tytułu uprzednio przyznanych uprawnień uregulowano należne świadczenia w formie skapitalizowanej.

(5) Prawo do świadczeń, które są należne dopiero na podstawie niniejszej Umowy, ustala się na wniosek uprawnionego począwszy od daty wejścia w życie niniejszej Umowy. Jeśli wniosek zostaje zgłoszony w terminie dwóch lat od daty wejścia niniejszej Umowy w życie, to prawa do świadczeń przyznawane są począwszy od daty wejścia niniejszej Umowy w życie, w przeciwnym razie od dnia określonego przepisami prawnymi każdej z Umawiających się Stron.

(6) Prawo do świadczeń, które zostały ustalone przed wejściem w życie niniejszej Umowy nie będzie ustalane ponownie.

Artykuł 34

Postanowienia końcowe

(1) Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji. Dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione w Wiedniu.

(2) Niniejsza Umowa wejdzie w życie pierwszego dnia trzeciego miesiąca, który nastąpi po dniu wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

(3) Niniejsza Umowa zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona wypowiedziana przez każdą z Umawiających się Stron pisemnie w drodze notyfikacji, nie później jednak niż na trzy miesiące przed upływem danego roku kalendarzowego; w takim przypadku utraci moc z końcem tego roku.

(4) W przypadku wypowiedzenia Umowy wszelkie prawa nabycie na mocy jej postanowień zostaną utrzymane.

W dowód czego Pełnomocnicy podpisali niniejszą Umowę i opatrzyli ją pieczęciami.

Sporządzono w Warszawie, dnia 7 września 1998 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach polskim i niemieckim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.

W imieniu
Republiki Austrii

Eleonora Hostasch

W imieniu
Rzeczypospolitej Polskiej

Longin Komolowski

Vorblatt

Problem:

Die soziale Sicherheit von Personen und ihren Familienangehörigen, die ihr Erwerbsleben in Österreich und Polen zurückgelegt haben oder die sich im anderen Staat vorübergehend aufhalten oder dort wohnen, ist allein auf Grund der jeweils national geltenden Bestimmungen nicht umfänglich gewährleistet.

Ziel und Inhalt:

Durch das vorliegende Abkommen mit Polen wird ein weitestgehender Schutz im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung durch die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für den Erwerb von Leistungsansprüchen, die Pensionsfeststellung entsprechend den in jedem Vertragsstaat zurückgelegten Versicherungszeiten und den Leistungsexport sichergestellt.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Kosten von rund 39,2 Millionen Schilling in der Pensionsversicherung und 1,6 Millionen Schilling in der Arbeitslosenversicherung im Zeitraum 1999 bis 2002.

EU-Konformität:

Gegeben.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-polnische Abkommen über soziale Sicherheit enthält gesetzändernde und gesetzesergänzende Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Das Abkommen hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen.

Im EU-Bereich stehen hinsichtlich von Abkommen über soziale Sicherheit mit Drittstaaten keine EG-Vorschriften in Kraft, sodaß die Mitgliedstaaten einen diesbezüglichen Gestaltungsspielraum haben.

2. Werdegang des Abkommens

Unmittelbar nach der Öffnung der osteuropäischen Staaten wurden zunächst Kontakte mit den Nachbarstaaten hinsichtlich des möglichen Abschlusses von Abkommen über soziale Sicherheit aufgenommen. Diesbezügliche Gespräche wurden mit der damaligen Tschechoslowakei und mit Ungarn im Mai 1990 begonnen. Die Gespräche haben sich im Hinblick auf die gesellschaftlichen Änderungen und Reformen in beiden Staaten sowie die Teilung der Tschechoslowakei mit 1. Jänner 1993 in zwei unabhängige Staaten in der Folge sehr schwierig gestaltet, sollten aber in nächster Zukunft abgeschlossen werden können. Im Hinblick auf die zunehmende Fluktuation von Arbeitnehmern auch im Verhältnis zu Polen fanden erste Kontakte betreffend den möglichen Abschluß eines Abkommens über soziale Sicherheit 1993 statt, diesbezügliche Gespräche konnten aber erst im Juni 1995 aufgenommen und im Jänner 1997 fortgesetzt werden.

Nach Durchführung des innerstaatlichen Begutachtungsverfahrens wurden die noch erforderlichen Änderungen bei weiteren Besprechungen im Mai 1997 vereinbart und das Abkommen schließlich am 7. September 1998 in Warschau unterzeichnet.

3. Das Abkommen im allgemeinen

Das Abkommen entspricht in materiell-rechtlicher Hinsicht den in letzter Zeit von Österreich insbesondere mit Kroatien, Mazedonien und Slowenien am 16. Jänner 1997, 28. Februar 1997 bzw. 10. März 1997 unterzeichneten neuen Abkommen.

Das Abkommen ist in fünf Abschnitte gegliedert:

Abschnitt I enthält allgemeine Bestimmungen und legt im wesentlichen den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich, den Grundsatz der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie die Gebietsgleichstellung hinsichtlich der Gewährung von Geldleistungen aus der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung fest.

Abschnitt II normiert in bezug auf die jeweils hinsichtlich der Versicherungspflicht anzuwendenden Rechtsvorschriften das Territorialitätsprinzip sowie Ausnahmen von diesem Grundsatz und sieht die Möglichkeit vor, im Einzelfall Ausnahmen hievon zu vereinbaren.

Abschnitt III enthält die besonderen Bestimmungen betreffend die einzelnen Leistungsarten:

Für den Bereich der Krankenversicherung ist neben der Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten für den Erwerb eines Leistungsanspruches eine auf Fälle der Erwerbstätigkeit eingeschränkte aushilfsweise Sachleistungsgewährung zu Lasten des zuständigen Versicherungsträgers vorgesehen.

In der Unfallversicherung ist eine Zuordnung der Leistungspflicht bei Berufskrankheiten in Kollisionsfällen zu dem zuletzt zuständig gewesenen Versicherungsträger sowie eine aushilfsweise Sachleistungsgewährung bei Aufenthalt im jeweils anderen Vertragsstaat zu Lasten des zuständigen Versicherungsträgers vorgesehen.

Im Bereich der Pensionsversicherung erfolgt die Leistungsfeststellung unter Zusammenrechnung der in den beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten grundsätzlich entsprechend den in jedem Vertragsstaat zurückgelegten Versicherungszeiten.

In der Arbeitslosenversicherung werden für die Erfüllung der Anwartschaftszeit für die Gewährung des Arbeitslosengeldes die arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigungen in den beiden Vertragsstaaten zusammengerechnet.

Abschnitt IV enthält verschiedene Bestimmungen über die Durchführung und Anwendung des Abkommens.

Abschnitt V enthält Übergangs- und Schlußbestimmungen.

4. Übersicht über das polnische System der sozialen Sicherheit

Das System der sozialen Sicherheit in Polen war nach der Öffnung durch den Übergang von einem staatlich finanzierten Einheitssystem in ein beitragsfinanziertes System mit zum Teil neuen Zweigen, wie die Arbeitslosenversicherung, gekennzeichnet. Diese Reformen sind noch nicht abgeschlossen, sodaß im folgenden nur die wesentlichsten Grundsätze des polnischen Systems dargestellt werden.

Im Bereich der Krankenversicherung (Geldleistungen) und der Pensionsversicherung sind grundsätzlich alle Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige geschützt, während sich die Unfall- und Arbeitslosenversicherung grundsätzlich nur auf Arbeitnehmer bezieht. Die Gesundheitsversicherung (Sachleistungen) umfaßt die gesamte Wohnbevölkerung.

Die Finanzierung erfolgt derzeit ausschließlich durch Beiträge der Arbeitgeber bzw. der selbständig Erwerbstätigen sowie durch Zuschüsse des Staates zur Abdeckung der Defizite. Der Beitrag beträgt für alle Geldleistungen, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, 45% des Entgelts bzw. Einkommens und für die Arbeitslosenversicherung 3%. Die Gesundheitsversicherung wird derzeit noch ausschließlich aus Steuermitteln finanziert. Der Wechsel zu einem beitragsfinanzierten System ist in Vorbereitung. Vorgesehen ist ein Beitrag des Dienstnehmers bzw. selbständig Erwerbstätigen von insgesamt 7,5% des Entgelts bzw. Einkommens.

Das Leistungsspektrum in den einzelnen Zweigen entspricht grundsätzlich den österreichischen Leistungen, wenn auch natürlich angepaßt an die unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Anspruch auf normale Alterspension besteht ab dem 65. Lebensjahr für Männer und dem 60. Lebensjahr für Frauen bei einer Mindestversicherungszeit von 25 Jahren für Männer bzw. 20 Jahren für Frauen. Eine vorzeitige Alterspension kann ab dem 55. Lebensjahr von Männern in besonderen Beschäftigungen bzw. von Frauen generell bei Vorliegen von 30 Versicherungsjahren in Anspruch genommen werden.

Anspruch auf Invaliditätspension besteht grundsätzlich bei Vorliegen von fünf Versicherungsjahren. Die Zeit vom Eintritt des Versicherungsfalles bis zum 60. Lebensjahr wird bei der Pensionsberechnung bei voller Erwerbsunfähigkeit zusätzlich berücksichtigt.

Die Pensionsberechnung erfolgt in Form eines Grundbetrages von 24% des festgelegten Durchschnittslohnes (1. Jänner 1998: 1 220 Zloty, rund 4 640 S) und zusätzlich 1,3% für jedes Beitragsjahr bzw. 0,7% für jedes sonstige Versicherungsjahr, multipliziert mit einem Koeffizienten, der sich aus dem Verhältnis des individuellen Einkommens der besten zehn Jahre innerhalb der letzten 20 Kalenderjahre zum Durchschnittslohn ergibt. Die Höchstpension beträgt 250% des Durchschnittslohnes (3 052 Zloty, rund 11 600 S), die Mindestpension 34% des Durchschnittslohnes (415 Zloty, rund 1 580 S).

Die Hinterbliebenenpension beträgt für einen Hinterbliebenen 85% des Pensionsanspruches des Verstorbenen (90% bei zwei Hinterbliebenen, 95% bei drei oder mehr Hinterbliebenen) und gebührt grundsätzlich für zwei Jahre, bei Vorliegen von Invalidität, Sorgepflicht für ein Kind oder Vollendung des 50. Lebensjahres für Witwen unbefristet.

Für den Anspruch auf Arbeitslosengeld ist grundsätzlich eine Beschäftigungszeit von 180 Tagen in den letzten zwölf Kalendermonaten erforderlich. Das Arbeitslosengeld gebührt in der Höhe von 36% des Durchschnittslohns (75% für ältere Arbeitnehmer) für die Dauer von grundsätzlich zwölf Monaten.

Alle Leistungen der Sozialversicherung werden in der Regel jährlich angepaßt.

5. Finanzielle Auswirkungen

Eine exakte Berechnung der finanziellen Auswirkungen des Abkommens ist insbesondere im Bereich der Pensionsversicherung mangels geeigneter Daten nicht möglich. Dies betrifft insbesondere auch die mögliche Zahl jener Personen, die erst auf Grund des Abkommens einen Pensionsanspruch geltend machen können. Im Hinblick auf die in den letzten Jahren in Österreich beschäftigten rund 10 000 polnische Staatsbürger können die Auswirkungen längerfristig mit den Abkommen mit Slowenien und Kroatien (rund 6 000 beschäftigte slowenische bzw. 20 000 kroatische Staatsbürger in Österreich) verglichen werden. So wurden 1997 zB in rund 5 600 Fällen Pensionen in der Höhe von insgesamt

166 Millionen Schilling an Pensionsberechtigte in Slowenien und in rund 9 500 Fällen Pensionen in der Höhe von insgesamt 309 Millionen Schilling an Pensionsberechtigte in Kroatien gezahlt. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß in rund 30% dieser Fälle auch ohne Abkommen ein Anspruch bestünde bzw. in vielen Fällen mit Erreichen des normalen Pensionsalters ein Anspruch auch ohne Abkommen bestehen würde. Umgekehrt wurden von Slowenien nach Österreich rund 1 100 Pensionen mit einem Gesamtbetrag von 18 Millionen Schilling bzw. von Kroatien rund 700 Pensionen mit einem Gesamtbetrag von 14 Millionen Schilling gezahlt. Durch die Überweisung dieser Leistungen nach Österreich reduzieren sich zum Teil die Ansprüche auf Ausgleichszulage bzw., soweit ohne Abkommen kein österreichischer Pensionsanspruch bestünde, entsprechende Leistungen aus der Sozialhilfe der Bundesländer. Dies gilt insbesondere auch im Verhältnis zu Polen hinsichtlich jener Personen, die nach 1961 (letzter Stichtag nach dem Auslandsrenten-Übernahmegesetz – ARÜG) nach Österreich gekommen sind, in Österreich keinen Pensionsanspruch oder nur einen geringen Pensionsanspruch mit Ausgleichszulage haben und auf Grund des Abkommens für ihre im Gebiet Polens zurückgelegten Beschäftigungszeiten entsprechende polnische Leistungsansprüche geltend machen werden können.

Hinsichtlich einer Beurteilung der finanziellen Auswirkungen aus kurzfristiger Sicht muß berücksichtigt werden, daß Pensionen für die im wesentlichen erst seit Beginn der 90er Jahre in Österreich beschäftigten polnischen Staatsbürger durchschnittlich erst in 20 bis 30 Jahren anfallen werden. Ausgehend von den in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten der Abkommen mit Jugoslawien (1. Jänner 1967) und der Türkei (1. Oktober 1969) auf Grund der Abkommen in diese Staaten gezahlten Pensionen kann in den ersten vier Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens mit Polen mit durchschnittlich 50 Neuzugängen gerechnet werden, wobei der Berechnung des sich daraus ergebenden Pensionsaufwandes und damit der finanziellen Auswirkungen auf den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung die zwischenstaatliche Durchschnittspension von 2 500 S und eine Erhöhung um 1,03% pro Jahr zugrunde gelegt werden kann.

Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß während des Zweiten Weltkrieges insbesondere auch polnische Staatsbürger in der Landwirtschaft und in der Industrie beschäftigt waren. Ausgehend von durchschnittlich 30 Versicherungsmonaten und einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 7 900 S (auf der Basis einer Beitragsgrundlage von 78 Reichsmark für Landarbeiter und 162 Reichsmark für Hilfsarbeiter) ergibt sich eine monatliche Durchschnittspension von 420 S, wobei 1 000 Leistungsfälle mit Inkrafttreten des Abkommens und eine durchschnittliche Pensionsanpassung von 2% angenommen werden können.

Direkte finanzielle Auswirkungen auf den Sachaufwand des Bundes ergeben sich noch im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der Beschäftigten aus Polen entspricht ungefähr der Hälfte der Zahl der Beschäftigten aus Kroatien. Im Jahresdurchschnitt 1997 standen sechs kroatische Staatsbürger im Bezug von Arbeitslosengeld auf Grund des Abkommens mit Kroatien. Es ist daher bei Polen mit drei Abkommensfällen im Jahresdurchschnitt zu rechnen, wobei ein durchschnittliches Arbeitslosengeld von monatlich 12 950 S (inklusive Krankenversicherungs- und Pensionsversicherungsbeitrag) zugrunde zu legen ist.

Somit kann bei einem Inkrafttreten des Abkommens zB mit 1. Juli 1999 in den nächsten vier Jahren mit nachstehenden Auswirkungen auf den Sachaufwand des Bundes gerechnet werden:

	1999	2000	2001	2002	insgesamt
Pensionen auf Grund des Abkommens	1 094 000	3 605 000	5 570 000	7 650 000	17 919 000
Leistungen aus früheren Versicherungszeiten	2 940 000	6 000 000	6 120 000	6 240 000	21 300 000
Arbeitslosenversicherung	235 000	470 000	470 000	470 000	1 645 000
Insgesamt ...	4 269 000	10 075 000	12 160 000	14 360 000	40 864 000

Besonderer Teil

Die einzelnen Regelungen des Abkommens entsprechen weitestgehend den in den letzten Jahren von Österreich mit anderen Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen, insbesondere aber den neuen Abkommen mit Kroatien vom 16. Jänner 1997 (BGBl. III Nr. 162/1998) und Slowenien vom 10. März

1997 (BGBl. III Nr. 103/1998), auf die daher im folgenden hingewiesen wird. Im Bereich der Pensionsversicherung wurde insbesondere auch den seit den Zusatzabkommen mit Kanada (BGBl. Nr. 570/1996) und den USA (BGBl. Nr. 779/1996) vorgesehenen und auch in den genannten neuen Abkommen enthaltenen Regelungen betreffend die "Direktberechnung" der österreichischen Pensionen Rechnung getragen.

Zu Art. 1:

Dieser Artikel enthält die in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit üblichen Begriffsbestimmungen.

Zu Art. 2:

Der in Abs. 1 normierte sachliche Geltungsbereich des Abkommens entspricht dem Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit und umfaßt auf österreichischer Seite im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung die Systeme sowohl der unselbständig als auch der selbständig Erwerbstätigen sowie das Arbeitslosengeld.

Auf polnischer Seite werden die entsprechenden Zweige und Leistungen erfaßt.

Die Abs. 2 und 3 entsprechen den in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen vorgesehenen entsprechenden Regelungen (siehe zB Art. 2 Abs. 2 bzw. Abs. 2 und 3 der Abkommen mit Kroatien und Slowenien).

Zu Art. 3:

Dieser Artikel legt den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, der wie zB die Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 3) ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit alle Personen, die nach den Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten versichert sind oder waren, sowie deren Angehörige und Hinterbliebene umfaßt.

Zu Art. 4:

Die in diesem Artikel festgelegte Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen (Abs. 1) entspricht in Verbindung mit den vorgesehenen Ausnahmen (Abs. 2 und 3) den entsprechenden Regelungen in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit (siehe zB Art. 4 der Abkommen mit Kroatien und Slowenien).

Zu Art. 5:

Die in diesem Artikel normierte Gebietsgleichstellung sichert entsprechend den in allen von Österreich geschlossenen Abkommen vorgesehenen Regelungen den Export der Geldleistungen im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung für die vom Abkommen erfaßten Personen (siehe zB Art. 5 der Abkommen mit Kroatien und Slowenien).

Wie in allen Abkommen sind die Ausgleichszulage aus der österreichischen Pensionsversicherung sowie die entsprechenden polnischen Sonderleistungen vom Export ausgenommen.

Zu den Art. 6 bis 9:

Diese Bestimmungen regeln die sich aus der Ausübung einer Erwerbstätigkeit ergebende Versicherungspflicht, wobei entsprechend den von Österreich geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit grundsätzlich auf das Territorialitätsprinzip abgestellt wird (Art. 6).

Art. 7 sieht in den Abs. 1 und 2 die in allen Abkommen über soziale Sicherheit enthaltenen Ausnahmen vom Territorialitätsprinzip für entsendete Dienstnehmer sowie im Abs. 3 eine ergänzende Zuordnungsregelung für die Beschäftigung auf Seeschiffen vor. Nach Abs. 4 bleiben Beamte und ihnen gleichgestellte Personen (insbesondere Vertragsbedienstete von öffentlich-rechtlichen Dienstgebern) auch bei Beschäftigung im anderen Vertragsstaat den Rechtsvorschriften des Herkunftsstaates unterstellt.

Art. 8 sieht in Abs. 1 die Anwendung der Rechtsvorschriften des Entsendestaates für alle zu den beiderseitigen amtlichen Vertretungsbehörden entsendeten Bediensteten vor, während für die Sur-place-Bediensteten nach Abs. 2 das Territorialitätsprinzip festgelegt wird, wobei aber gleichzeitig den eigenen Staatsangehörigen entsprechend den diesbezüglichen Regelungen in den anderen Abkommen (zB Art. 8 Abs. 2 der Abkommen mit Kroatien und Slowenien) ein Wahlrecht eingeräumt wird.

Art. 9 enthält die in allen Abkommen über soziale Sicherheit vorgesehene Ausnahmemöglichkeit und entspricht dem Art. 9 der Abkommen mit Kroatien und Slowenien.

Zu den Art. 10 bis 13:

Hinsichtlich des Bereichs der aushilfsweisen Gewährung von Sachleistungen (insbesondere ärztliche Hilfe, Medikamente und Anstaltpflege) hat die polnische Seite darauf hingewiesen, daß sie den diesbezüglichen Grundsätzen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 grundsätzlich positiv gegenübersteht, ihr im Hinblick auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse (im Durchschnitt rund zehnmal höhere Kosten in Österreich) einer umfänglichen Übernahme der sich daraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen derzeit nicht möglich ist. Entsprechend der auch im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bestehenden eingeschränkten Regelung ist daher die grundsätzliche Bestimmung betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung (Art. 11 Abs. 1) auf Dienstnehmer, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung vorübergehend im anderen Vertragsstaat aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen eingeschränkt. Gleichzeitig sieht aber Art. 11 Abs. 4 eine unilaterale Ausdehnung dieser Bestimmung vor, sodaß für alle österreichischen Versicherten und ihre Familienangehörigen während eines vorübergehenden Aufenthaltes in Polen die Gewährung der erforderlichen Sachleistungen in Dringlichkeitsfällen sichergestellt ist.

Im übrigen entsprechen die vorgesehenen Regelungen den diesbezüglichen Bestimmungen insbesondere auch in den Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 10 bis 15) und sehen im wesentlichen vor:

- die Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten (Art. 10),
- die aushilfsweise Sachleistungsgewährung während eines vorübergehenden Aufenthaltes in Dringlichkeitsfällen, auf polnischer Seite eingeschränkt auf entsendete Dienstnehmer sowie die sie begleitenden Familienangehörigen (Art. 11), sowie
- die ergänzenden Regelungen betreffend die Festlegung der aushelfenden Versicherungsträger (Art. 12) und betreffend die Kostenerstattung (Art. 13).

Zu den Art. 14 bis 16:

Die den Bereich der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten betreffenden Regelungen entsprechen den diesbezüglichen Bestimmungen insbesondere auch in den Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 16 bis 19) und sehen im wesentlichen vor:

- die aushilfsweise Sachleistungsgewährung entsprechend den für den Bereich der Krankenversicherung vorgesehenen Regelungen (Art. 14) sowie
- die erforderlichen Regelungen hinsichtlich der Leistungen bei Berufskrankheiten, wenn in beiden Vertragsstaaten entsprechende Expositionszeiten zurückgelegt wurden (Art. 16 bis 19), wobei in Fällen von Staublungenerkrankungen hinsichtlich der Rentengewährung anstelle der Zuordnung der Leistungspflicht zu dem zuletzt zuständig gewesenen Versicherungsträger eine anteilmäßige Gewährung der Rente vorgesehen ist.

Zu den Art. 17 bis 20:

Die Bestimmungen der Art. 17 bis 20 betreffen die Feststellung und Berechnung der Leistungen aus den Pensionsversicherungen der beiden Vertragsstaaten in den zwischenstaatlichen Fällen, wobei die grundlegenden Bestimmungen betreffend die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten (Art. 17) sowie Versicherungszeiten unter einem Jahr (Art. 18) bilateral gefaßt sind, während hinsichtlich der Berechnung jeweils unilaterale Bestimmungen vorgesehen sind.

Zu den die Feststellung der österreichischen Leistungen betreffenden Bestimmungen (Art. 19) ist aus grundsätzlicher Sicht festzuhalten, daß diese praktisch wörtlich den entsprechenden Bestimmungen in den Abkommen mit Kroatien und Slowenien (Art. 22 bzw. Art. 23) entsprechen und damit auch im Verhältnis zu Polen die insbesondere unter Berücksichtigung der Pensionsreform 1993 anstelle der sogenannten Pro-rata-Berechnung angestrebte Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten ("Direktberechnung") vorgesehen ist. Im einzelnen ist zu dieser Direktberechnung folgendes festzuhalten:

- Art. 19 Abs. 1 sichert die Gewährung der innerstaatlichen Alleinpension, wenn auch ohne Zusammenrechnung der Versicherungszeiten beider Vertragsstaaten ein Anspruch auf eine österreichische Pension besteht.
- Art. 19 Abs. 2 sieht entsprechend Abs. 1 die innerstaatliche Berechnung auch für jene Fälle vor, in denen nur unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten ein Leistungsanspruch besteht, und enthält die erforderlichen ergänzenden Regelungen betreffend Kinderzuschüsse und Zurechnungszuschlag in diesen Fällen.

Art. 20 sieht die erforderlichen Regelungen für die Feststellung der Leistungen nach den polnischen Rechtsvorschriften vor, wobei bei Anspruch allein auf Grund der polnischen Versicherungszeiten – wie auf österreichischer Seite – die Berechnung der Leistungen nach innerstaatlichem Recht vorgesehen ist (Abs. 1), während in Fällen, in denen der Anspruch nur unter Berücksichtigung der österreichischen Versicherungszeiten besteht, die Leistungen nach der Pro-rata-Methode berechnet werden (Abs. 2).

Zu den Art. 21 und 22:

Die Regelungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, die sich auf österreichischer Seite ausschließlich auf das Arbeitslosengeld beziehen (siehe Art. 2 Abs. 1 Z 1 lit. d), entsprechen den diesbezüglichen Bestimmungen in den Abkommen mit Kroatien und Slowenien (Art. 23 und 24 bzw. Art. 25 und 26), wobei die für die erstmalige Inanspruchnahme vorgesehene Mindestbeschäftigung in Österreich wie in den beiden genannten Abkommen 26 Wochen beträgt.

Zu den Art. 23 bis 32:

Die in diesen Artikeln enthaltenen verschiedenen Bestimmungen betreffen die Durchführung des Abkommens und entsprechen praktisch wörtlich den diesbezüglichen Bestimmungen in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit, insbesondere auch in den Abkommen mit Kroatien und Slowenien (Art. 25 bis 33 bzw. Art. 27 bis 35). Ergänzend wurde auch eine Bestimmung betreffend den Datenschutz (Art. 26) auf der Basis der diesbezüglich geltenden EG-Regelungen [Art. 84 Abs. 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] aufgenommen.

Zu den Art. 33 und 34:

Diese Artikel enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen (siehe zB Art. 34 sowie Art. 36 und 37 des Abkommens mit Kroatien und Art. 36 sowie Art. 38 und 39 des Abkommens mit Slowenien), wobei durch die ergänzende Regelung des Art. 32 Abs. 3 der Übernahme polnischer Beschäftigungs- und Versicherungszeiten im Rahmen des Auslandsrenten-Übernahmegesetzes (ARÜG) und der entsprechenden Bestimmungen des § 116 Abs. 6 GSVG bzw. § 107 Abs. 6 BSVG Rechnung getragen wurde. Durch diese Regelung wird insbesondere für die in Österreich wohnenden Pensionsbezieher, in deren Pension entsprechende Zeiten zu berücksichtigen sind, eine Feststellung einer polnischen Leistung für diese Zeiten vermieden, die zu einer entsprechenden Kürzung der österreichischen Leistung führen würde, sodaß sich – außer einem enormen Verwaltungsaufwand – für den Berechtigten keine Verbesserung aus dem Abkommen ergeben würde.